

Polen beschließt Asylpause: Neue Migrationsstrategie gegen Druck von Putin!

Polen plant vorübergehend die Aussetzung des Asylrechts, um illegale Migration zu reduzieren. Regierungschef Tusk kündigt neue Migrationsstrategie an.

Warschau, Polen - In Polen stehen bedeutende Veränderungen in der Migrationspolitik bevor. Der liberalkonservative Ministerpräsident Donald Tusk hat angekündigt, dass das Land Maßnahmen ergreifen wird, um die illegale Migration stark zu reduzieren. Zu diesem Zweck ist geplant, das Asylrecht vorübergehend auszusetzen. Tusk bekräftigte gegenüber der Nachrichtenagentur PAP, dass er in Europa die Anerkennung dieser Entscheidung einfordern werde.

Die Diskussion über die Kontrolle an der Grenze und die Einreise nach Polen ist aktuell von großer Bedeutung. Tusk äußerte auf einem Parteitag seiner Bürgerkoalition (KO), dass der Staat die vollständige Kontrolle über die Einreise nach Polen zurückgewinnen müsse. Dabei machte er auch auf den Einfluss von außen aufmerksam und warf dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko vor, Druck auf Polen auszuüben, indem sie Migranten als Druckmittel einsetzen. Dies stehe „im Widerspruch zum Wesen des Rechts auf Asyl“.

Neue Migrationsstrategie vorgestellt

Tusk versprach, dass die illegale Migration nach Polen auf ein Minimum reduziert werden soll. Die Details zu dieser neuen

Migrationsstrategie will er am Dienstag dem Kabinett vorstellen. Ein zentraler Punkt bezieht sich auf den EU-Migrationspakt, wobei Tusk ankündigte, keine Ideen aus Brüssel zu respektieren, die die Sicherheit Polens gefährden könnten.

Die Absicht, die Regeln zur Vergabe von Visa zu verschärfen, wurde bereits kürzlich vom polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski angekündigt. Dies setzt die Konsequenzen aus den korrupten Praktiken bei der Visavergabe der vorherigen nationalkonservativen Regierung (PiS) um, die von 2015 bis 2023 regierte. Sikorski stellte klar, dass künftig keine intransparenten Wege für die beschleunigte Erteilung von Visa mehr existieren sollen.

Angesichts der aktuellen Lage könnte die polnische Regierung mit diesen Maßnahmen nicht nur die Kontrolle über die Migration zurückgewinnen, sondern auch ein starkes Signal nach Europa senden. Die festgelegte Vorgehensweise wird unter den aktuellen Umständen von politischer Tragweite sein und könnte die Diskussionen rund um das Thema Migration in der gesamten EU beeinflussen.

Die Situation spricht für sich: Bei einem derart komplexen Thema wie der Migration, das niemals nur national betrachtet werden kann, wird die Art und Weise, wie ein Mitgliedstaat der EU reagiert, auch seine Beziehungen zu den Nachbarn und innerhalb der europäischen Gemeinschaft beeinflussen. Es bleibt abzuwarten, welche Reaktionen von anderen EU-Staaten und Institutionen auf diese neue Strategie folgen werden, und wie die Diskussion über die Asylrechte in Europa weiter verläuft.

Für weitere Informationen über die Entwicklungen in Polen und die Auswirkungen auf Europa, können Sie den Artikel auf www.onetz.de nachlesen.

Ort	Warschau, Polen
------------	-----------------

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at